

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 30

Artikel: 1960 : vielleicht ein Katastrophenjahr, vielleicht eine Rosskur zur Rettung des Westens

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 30

Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 27769 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

FREIHEIT OHNE Macht IST Machtlose FREIHEIT

Kürzlich hat uns ein Leser des klaren Blicks vorgehalten, dass unser Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit und gegen Totalitarismus recht billig sei, weil wir ihn so teuer zu gestalten versuchten. Alle unsere Vorschläge, wie Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Aufbau der Propaganda, Hilfe an Entwicklungsländer, würden ohne Ausnahme vermehrte Mittel beanspruchen. Dieser Leser fragte, ob Geld überhaupt helfen könne, ob nicht vielmehr Ideen nötig seien.

Wie verhält es sich nun mit diesem Einwands? Kann man einen Kampf ohne Mittel und einen intensiven Kampf ohne grosse Mittel überhaupt führen? Gibt es Ideen, die nützlich wären, aber ohne Kosten verwirklicht werden könnten?

Der Kommunismus, wenn wir stark vereinfachend darstellen, ist zugleich eine Idee und eine Macht. Seine Idee ist unzureichend, überholt, widerlegt und hat keine nennenswerte Anziehungskraft. Seine Macht aber ist real, überwältigend, bedrohend und zwingt Millionen in ihren Bann. Es muss doch jedem Menschen zu denken geben, dass noch kein Volk der Erde sich in freien Wahlen für den Kommunismus entschieden hat, während heute ein Drittel der Menschheit, nämlich eine knappe Milliarde Menschen, unter seiner Herrschaft lebt.

Nicht aus freiem Entschluss, nicht wegen der Kraft des Leninismus befinden sich Albanien, Bulgarien, China, die Deutsche Demokratische Republik, Estland, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Nordkorea, Nordvietnam, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ungarn unter einer kommunistischen Diktatur, sondern weil die Sowjetunion die Macht und die Gewalt hatte, diese Länder in eine Satellitenbahn zu lenken. Aber auch das russische Volk hat sich nie für den Kommunismus entschieden. In den freien Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, die im Dezember 1917 bereits unter Lenin stattfanden, errang die bolschewistische Partei weniger als einen Drittel der Stimmen. Diese Versammlung trat im Januar 1918 zum ersten- und letztenmal zusammen; sie wurde von den Rotarmisten Lenins auseinandergejagt.

Die brutale Macht ist es, die der kommunistischen Ideologie eine scheinbare Kraft verleiht. Wer das nicht einsieht, zieht falsche Schlüsse und verhält sich gegenüber der kommunistischen Gefahr falsch. Re-

ligion, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie: das sind unsere Ideen; sie sind weit stärker als der Leninismus, besonders wenn wir sie ernst nehmen und unser Leben danach richten.

Nicht der Mangel an Ideen macht uns schwächer, sondern die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit der Macht. Wollen wir aber unsere Macht stärken, um dann, wenn die Spiesse endlich gleich lang sind, die Kraft der Ideen zu messen, so müssen wir eben persönliche Opfer bringen. Denn der Ausbau der Macht ist für das Individuum kostspielig. Nur durch das Opfer

des einzelnen lässt sich jedoch die Macht des Ganzen stärken.

Leute, die zu einem freiwilligen Opfer bereit sind, finden sich immer. Sie bahnen den Weg. Aber die Mehrheit muss nachfolgen. Und da entsteht die Schwierigkeit. In diesem Augenblick schaut jeder auf den andern, wie viel dieser opfere und welchen Einsatz jener leiste. Diese Schwierigkeit muss überwunden werden, und sie kann es nur mit einem allgemeinen Opfer.

Peter Sager.

1960:
Vielleicht ein Katastropheng Jahr, vielleicht eine

Roskcur zur Rettung des Westens

Vor einigen Monaten schien der Name «Afrikanisches Jahr» für 1960 festzustehen. Heute ist es zweifelhaft, ob es am Ende seines Laufes als «Jahr der Gewalt» oder «Jahr Afrikas» bekannt sein wird. Vielleicht aber wird es auch als «Jahr der Rettung des Westens» in die Geschichte eingehen.

Nicht nur an der Berührungsline zwischen freier Welt und Kommunismus, sondern quer durch das eigenste Gebiet der Nationen, die man gemeinhin — und recht leichtfertig — «die Länder des freien Westens» nennt, zündete eine Kettenreaktion von Gewalttaten.

Japan, Korea, Laos, Türkei, Kongo, Kuba heissen die Herde. Kleinere Explosionen fanden in Italien, in Rhodesien, in Kenia statt, Andeutungen kommender Gewalt waren in Spanien zu sehen.

Für die Unglückspropheten unter den Leitartiklern war jeder Tag Sonntag. Noch nie war die westliche Presse so voll von Durchsuchungen des eigenen Gewissens und Schuldbekenntnissen.

Zu wenig aber wurde betont, dass diese Ereignisse vielleicht — wenn der Westen es erfasst — eine glückliche Wendung sind.

Zu lange wurden fragwürdige Regimes im westlichen Bündnissystem nach dem alten und falschen Grundsatz toleriert: Die Feinde meines Feindes sind meine Freunde. Jetzt sind in einem einzigen Jahr eine ganze Reihe von ihnen aufgeflogen, ohne dass diese Explosionen mit einer materiellen Offensive des Kommunismus gegen die freie Welt zusammengefallen wären. Besonders in Anbetracht des amerikani-

schen Wahltermins kann die Lage in Kuba ein Positivum bedeuten. Bis jetzt war die amerikanische Aussenpolitik trotz allem durch die Erbschaft der Monroe-Doktrin gehemmt. Die Doktrin selbst war zwar als solche abgeschrieben, sie äusserte sich aber zweifelsohne in der von Dulles befolgten «Weltteilungspolitik», die den Eisernen Vorhang strikte respektierte (die Entnahmen 1953 in Ostdeutschland und 1956 in Ungarn beweisen dies) und sich nur im «No-Man's-Land» der Entwicklungsgebiete auf einen Kampf einliess.

Mit Kuba aber hat der Kreml als erster die gegenseitige Defensivpartie mit einer Offensive ins Herzland des Feindes unterbrochen, und dies wenige Monate vor dem Amtsantritt eines neuen Präsidenten.

Er hat damit Washington vom Odium befreit, als erster einem Zustand des Gleichgewichts, den viele Leute im Westen trotz allem als eine Friedensgarantie betrachten, gewaltsam ein Ende zu bereiten. Der Zustand ist gestört, und zwar von Moskau. Damit ist Gelegenheit gegeben, die amerikanische Aussenpolitik zu ändern, ohne Wähler und Kongress vor den Kopf zu stossen.

Eisenhowers Nachfolger kann somit eine neue, starke Aussenpolitik vertreten, ohne dem immer noch populären General-Präsidenten ein Misstrauensvotum zu erteilen, denn die Lage hat sich ja in den letzten Monaten geändert. Er beginnt mit ernüchterten Verbündeten, aus deren Reihen einige zu stark mit Hypotheken belastete Regierungen ausgeschieden sind.

Damit wären die Bedingungen zu einem neuen Start gegeben. Es geht jetzt nur noch darum, ihn nicht zu verpassen.